

BASTIAN BRUNK

Menschenrechts- compliance

*Schriften zum
Unternehmens- und Kapitalmarktrecht
102*

Mohr Siebeck

Schriften zum Unternehmens- und Kapitalmarktrecht

Herausgegeben von

Jörn Axel Kämmerer, Karsten Schmidt und Rüdiger Veil

102



Bastian Brunk

Menschenrechtscompliance

Eine Untersuchung menschenrechtlicher
Verhaltenspflichten von Unternehmen
und ihrer Umsetzung im Gesellschaftsrecht

Mohr Siebeck

Bastian Brunk, geboren 1990; Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg i.Br. und Göteborg; 2016 Erste juristische Prüfung; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für ausländisches und internationales Privatrecht der Universität Freiburg i.Br. und anschließend am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Unternehmensrecht der Humboldt-Universität zu Berlin; 2021 Promotion; Rechtsreferendariat am Kammergericht Berlin.

ISBN 978-3-16-161259-6 / eISBN 978-3-16-161260-2
DOI 10.1628/978-3-16-161260-2

ISSN 2193-7273 / eISSN 2569-4480
(Schriften zum Unternehmens- und Kapitalmarktrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen aus der Times gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2021 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Dissertation angenommen. Für die Veröffentlichung wurden Rechtsprechung und Literatur bis November 2021 berücksichtigt.

Beim Schaffensprozess haben mich viele Menschen begleitet, denen ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen möchte. Herzlich bedanken möchte ich mich zuvorderst bei meinem Doktorvater, Professor Dr. Jan von Hein, für die Betreuung dieser Arbeit und die stetige und gewogene Förderung im Rahmen meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl. Ich werde diese prägende und lehrreiche Zeit stets in guter Erinnerung behalten. Professor Dr. Jan Lieder danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Mein Dank gilt auch Professor Dr. Gregor Bachmann, der mich nach meinem Umzug nach Berlin an seinem Lehrstuhl aufgenommen und gefördert hat. Von der vertieften Auseinandersetzung mit dem Gesellschaftsrecht während dieser Zeit hat meine Doktorarbeit erheblich profitiert.

Für die Aufnahme der Arbeit in die „Schriften zum Unternehmens- und Kapitalmarktrecht“ danke ich den Herausgebern, den Professoren Dr. Jörn Axel Kämmerer, Dr. Karsten Schmidt und Dr. Rüdiger Veil. Bedanken möchte ich mich ferner bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die meine Promotion mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert hat. Der Freiburger Wissenschaftlichen Gesellschaft danke ich für die großzügige Gewährung eines Druckkostenzuschusses.

Ganz besonders danken möchte ich meiner Familie und meinen Freunden, die mich während meiner Studiums- und Promotionszeit begleitet und ganz erheblich dazu beigetragen haben, dass mir diese Zeit unvergesslich bleiben wird. Dies gilt namentlich für Dr. Johanna Jung, Alexandre Kunz, Annika Laudien, Gregor Rawert und Dr. Jakob Rüder. Meiner Frau, Dr. Luise Brunk, danke ich von ganzem Herzen, dass sie mir stets zur Seite steht und mir bei allem Anstoß und Ermutigung ist. Ihr Zuspruch, ihre Unterstützung und ihr gelegentliches Hinterfragen haben das Gelingen dieser Arbeit erst ermöglicht. Größter Dank gilt schließlich meinen Eltern, Dr. Erdmann und Martina Brunk, für ihre bedingungslose Liebe und Unterstützung und ihre Begleitung bei meinem bisherigen Lebensweg. Ihnen allen widme ich diese Arbeit.

Berlin, im Dezember 2021

Bastian Brunk

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltverzeichnis	IX
Einführung	1
Prolog: Die Menschenrechte	9
§1. <i>Der Begriff der Menschenrechte</i>	9
§2. <i>Bindung von Unternehmen an die völkerrechtlichen Menschenrechte</i>	23
1. Kapitel: Corporate Social Responsibility	39
§3. <i>Der Begriff der Corporate Social Responsibility</i>	40
§4. <i>Der Business Case für Corporate Social Responsibility</i>	48
§5. <i>Shareholder Value vs. Stakeholder Value</i>	60
§6. <i>Fazit: Die Mär von der Freiwilligkeit</i>	89
2. Kapitel: Compliance	93
§7. <i>Der Begriff der Compliance</i>	93
§8. <i>Compliance als Rechtspflicht</i>	96
§9. <i>Ausgestaltung der Compliance-Organisation</i>	128
§10. <i>Fazit: Compliance als Transmissionsriemen zur Durchsetzung der Menschenrechte</i>	150
3. Kapitel: Globaler Ordnungsrahmen	155
§11. <i>Der Draft UN Code of Conduct on Transnational Corporations</i>	156
§12. <i>Der UN Global Compact</i>	159
§13. <i>Die Draft UN Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with regard to Human Rights („Draft Norms“)</i>	167

§14. Die UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte	179
§15. Die OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen	256
4. Kapitel: Deliktische Sorgfaltspflichten	295
§16. Caveats: Trennungsprinzip, internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht	297
§17. Die englische Duty of Care	364
§18. Deliktische Sorgfaltspflichten im deutschen Recht	372
§19. Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten als deliktsrechtlicher Sondertatbestand?	426
5. Kapitel: Gesetzliche Einführung einer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht	443
§20. Relevante Regelungsansätze in Europa	443
§21. Die Einführung eines Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes in Deutschland	457
6. Kapitel: Menschenrechtsbezogene Vorstandspflichten	489
§22. Information	490
§23. Organisation	500
§24. Kommunikation	509
§25. Vergütung	529
§26. Zusammenfassende Betrachtungen zur Umsetzung mensenrechtsbezogener Compliance	536
Untersuchungsergebnisse	541
Literaturverzeichnis	555
Sachverzeichnis	581

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Einführung	1
A. Hintergrund und Gegenstand der Untersuchung	1
B. Gang der Untersuchung	6
Prolog: Die Menschenrechte	9
§1. <i>Der Begriff der Menschenrechte</i>	9
A. Die Entwicklung des modernen Menschenrechtsbegriffs	11
I. Die Lehre vom Gesellschaftsvertrag	12
II. Grund- und Menschenrechtsdeklarationen im 18. Jahrhundert	14
III. Völkerrechtlicher Menschenrechtsschutz	15
IV. Zwischenstand	18
B. Völkerrechtlicher Menschenrechtsbegriff	18
I. Die Internationale Menschenrechtscharta	19
1. Bürgerliche und politische Rechte	19
2. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	20
II. Die ILO-Kernarbeitsnormen	21
§2. <i>Bindung von Unternehmen an die völkerrechtlichen Menschenrechte</i>	23
A. Rechtssubjekte der traditionellen Völkerrechtsdogmatik	24
B. Völkerrechtssubjektivität privater Unternehmen	25
I. Ökonomische und politische Wirkungsmächtigkeit	27
II. „Wer Rechte hat, hat auch Pflichten“	31
III. Aufgabe der traditionellen Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität	33
IV. Stellungnahme	34
C. Zwischenergebnis	37
1. Kapitel: Corporate Social Responsibility	39
§3. <i>Der Begriff der Corporate Social Responsibility</i>	40
A. Begriffsannäherung	40
B. Konzeptionelle Grundlagen	41

I.	Das Pyramidenmodell nach Carroll	42
II.	„Triple Bottom Line“ und verwandte Konzepte (ESG, PPP)	44
III.	Nachhaltigkeit	47
§ 4.	<i>Der Business Case für Corporate Social Responsibility</i>	48
A.	Es besteht ein Business Case für CSR	48
B.	Begründungsmuster	50
I.	Reputation und Legitimität	51
II.	Kosten- und Risikovorteile	53
III.	Wettbewerbsvorteile	54
IV.	„Synergistische Wertschöpfung“	55
C.	Kritik am Business Case für CSR	55
I.	Geringe allgemeine Aussagekraft der empirischen Untersuchungen	55
II.	Geringe Aussagekraft vorhandener Studienergebnisse für KMU	56
III.	Trade-Off-Hypothese	57
IV.	CSR als „neoliberales“ Konzept	58
§ 5.	<i>Shareholder Value vs. Stakeholder Value</i>	60
A.	Rechtsökonomische Grundlagen	61
I.	Shareholder Value	61
II.	Stakeholder Value	63
III.	Bewertung	66
B.	Rechtsentwicklungen	69
I.	Verbandsrechtliche oder unternehmensrechtliche Zielbestimmung?	69
II.	Die Sozialbindung des Eigentums aus Art. 14 Abs. 2 GG	70
III.	Die historische Entwicklung der Leitungskompetenz in § 76 Abs. 1 AktG	71
1.	Vom Konzessions- zum Normativsystem	71
2.	Das Aktiengesetz von 1937	73
3.	Das Aktiengesetz von 1965	73
IV.	Die quasiparitätische Unternehmensmitbestimmung	74
V.	Der Einzug des Shareholder Value durch das KonTraG	76
VI.	Die CSR-Richtlinie	77
VII.	Die „langfristige und nachhaltige Entwicklung“ als Vergütungsparameter	79
C.	Meinungsstand und Stellungnahme	81
I.	Kein strenger Monismus	81
II.	Vorrangstellung der Aktionäre?	82
III.	Ermessensspielraum des Vorstands als „Streitschlichter“	84
IV.	Offener Streitpunkt: Ethik muss sich lohnen!	86
D.	Resumée	88
§ 6.	<i>Fazit: Die Mär von der Freiwilligkeit</i>	89

2. Kapitel: Compliance	93
§ 7. <i>Der Begriff der Compliance</i>	93
A. Legalitätspflicht	93
B. Legalitätskontrollpflicht	95
§ 8. <i>Compliance als Rechtspflicht</i>	96
A. Rechtliche Grundlagen der Compliance	96
I. Rechtsgrundlagen	96
II. Compliance als Organisationspflicht	98
1. Meinungsstand	98
2. Schlussfolgerungen	99
III. Compliance als gesellschaftsrechtliche Leitungspflicht	101
IV. Compliance und Ermessen	103
1. Compliance im Anwendungsbereich der Business Judgment Rule	103
2. Eingeschränkte gerichtliche Kontrolle	105
3. Unternehmerisches Ermessen jenseits der Business Judgment Rule	107
4. Schlussfolgerungen	109
V. Rechtsfolgen unzureichender Compliance	110
1. Innenhaftung	110
2. Außenhaftung	112
3. Strafe und Buße	115
B. Compliance im Unternehmensverbund	119
I. Keine allgemeine Konzern-Compliance im Außenrechtsverhältnis	119
1. Keine allgemeine Konzern-Compliance aus compliancespezifischen Sondertatbeständen	119
2. Keine allgemeine Konzern-Compliance aus § 130 OWiG	120
3. Keine allgemeine Konzern-Compliance aus deliktischen Sorgfaltspflichten	121
II. Verbundweite Compliance als gesellschaftsrechtliche Binnenpflicht	122
1. Keine allgemeine Konzernleitungspflicht	122
2. Keine allgemeine Konzern-Compliance aus § 91 Abs. 2 AktG. . .	125
3. Verbundweite Compliance als Ausdruck der allgemeinen Leitungsverantwortung	125
III. Fazit	127
§ 9. <i>Ausgestaltung der Compliance-Organisation</i>	128
A. Gegenstand der Compliance	128
I. Ausländische Rechtsnormen	129
1. Außenverhältnis	129
2. Innenverhältnis	131
3. Normen- und Pflichtenkollision	132
II. Internationales Recht	132

1. Mittelbare Drittwirkung	132
2. Schlussfolgerungen für die Compliance	134
III. Soft Law	135
1. Völkerrechtliches und privatrechtliches Soft Law	135
2. Steuerungswirkung von Soft Law	137
IV. Vertragliche Pflichten	139
1. Die Bedeutung des Vertragsbruchs im CSR-Kontext	139
2. Rechtsfolgen	140
B. Typische Elemente eines Compliance-Management-Systems	142
I. Compliance-Kultur	143
II. Risikoanalyse und -bewertung	144
III. Risikosteuerung	146
IV. Überwachung der Einhaltung	148
V. Repressive Compliance	148
§10. <i>Fazit: Compliance als Transmissionsriemen zur Durchsetzung der Menschenrechte</i>	150
3. Kapitel: Globaler Ordnungsrahmen	155
§11. <i>Der Draft UN Code of Conduct on Transnational Corporations</i>	156
§12. <i>Der UN Global Compact</i>	159
A. Hintergrund	159
B. Inhalt	160
C. Verantwortungskonzeption	163
I. Die dreigliedrige Menschenrechtsverantwortung nach dem UNGC	163
II. Die Reichweite der menschenrechtlichen Unternehmensverantwortlichkeit	165
§13. <i>Die Draft UN Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with regard to Human Rights („Draft Norms“)</i>	167
A. Inhalt	168
I. Materielle Verhaltensnormen	169
II. Implementierungsnormen	171
B. Resonanz auf die Draft Norms	173
I. OHCHR-Report vom 15. Februar 2005	174
II. SRSR-Report vom 22. Februar 2006	176
§14. <i>Die UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte</i>	179
A. Protect, Respect and Remedy: A Framework for Business and Human Rights	180
I. State Duty to Protect	181
II. Corporate Responsibility to Respect	183
III. Access to Remedy	184

IV.	Zwischenfazit	186
B.	Die menschenrechtliche Unternehmensverantwortung nach den UN-Leitprinzipien	188
I.	Der Rechtscharakter der UN-Leitprinzipien	190
II.	Der Unternehmensbegriff der UN-Leitprinzipien	194
	1. Non-Profit-Organisationen	195
	2. Unternehmensverbände	196
III.	Der für die UN-Leitprinzipien geltende Menschenrechtsstandard . .	198
	1. Die Menschenrechte als privater Standard	199
	2. Das Verhältnis von staatlicher und privater Regulierung	202
IV.	Verhältnismäßigkeitserwägungen in den UN-Leitprinzipien („Bemühenspflicht“)	206
V.	Verantwortlichkeit für indirekte nachteilige Auswirkungen	209
C.	Die prozedurale Umsetzung durch Due Diligence	213
I.	Policy Commitment (UNGP 16)	215
II.	Human Rights Due Diligence (UNGP 17)	218
	1. Impact Assessments (UNGP 18)	221
	a) Kontextanalyse	221
	b) Detailanalyse	223
	2. Integration (UNGP 19)	226
	3. Tracking (UNGP 20)	229
	4. Reporting (UNGP 21)	232
III.	Remediation (UNGP 22)	235
IV.	Die praktische Bedeutung der Human Rights Due Diligence	237
D.	Die Steuerungswirkung der Responsibility to Respect	239
I.	Soziale Erwartungen als Ausgangspunkt der menschenrechtlichen Unternehmensverantwortung	240
II.	Die Entstehung sozialer Erwartungen als Ergebnis der UN-Leitprinzipien	241
	1. Rezeption durch andere internationale Steuerungsinstrumente . .	242
	2. Rezeption durch Nationale Aktionspläne (NAP)	245
	3. Rezeption durch die Marktteilnehmer	247
	a) Eingeschränkte Transparenz über UNGP-Compliance	247
	b) Studien der UNWG zum Umsetzungsstand	248
	c) Das Monitoring-Verfahren zum deutschen NAP	249
III.	Zwischenstand	251
E.	Zusammenfassende Betrachtungen zu den UN-Leitprinzipien	253
§15.	<i>Die OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen</i>	256
A.	Hintergrund und Entwicklung	256
B.	Die Verantwortungskonzeption der OECD-Leitsätze	258
I.	Der Anwendungsbereich der OECD-Leitsätze	259
	1. Persönlicher Anwendungsbereich	259
	2. Räumlicher Anwendungsbereich	260
	3. Das Erfordernis eines Investment Nexus	261

4. Das Erfordernis eines Business Nexus	262
II. Die Rezeption der UN-Leitprinzipien in den OECD-Leitsätzen	264
C. Das Umsetzungsverfahren der OECD-Leitsätze	264
I. Entwicklung	265
II. Organisation	266
III. Verfahren	268
1. Beteiligtenfähigkeit	269
2. Zuständigkeit	270
3. Annahmeverfahren	271
4. Vermittlungsverfahren	273
5. Verfahrensbeendigung	274
IV. Verfahrenscharakter	276
D. Die Verfahren vor der deutschen Nationalen Kontaktstelle	278
I. FIAN u. a. gegen Neumann	278
II. ECCHR u. a. gegen Otto Stadlander	279
III. UNI und ITF gegen DHL	282
IV. ECCHR u. a. gegen trovicor	284
V. Uwe Kekeritz gegen KiK u. a.	285
VI. ECCHR u. a. gegen TÜV Rheinland	287
VII. Zwischenstand	288
E. Zusammenfassende Betrachtungen zu den OECD-Leitsätzen	292
4. Kapitel: Deliktische Sorgfaltspflichten	295
§16. <i>Caveats: Trennungsprinzip, internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht</i>	297
A. Das gesellschaftsrechtliche Trennungsprinzip	298
I. Institutionelle Haftungsbeschränkung	298
1. Kritik an der institutionellen Haftungsbeschränkung	298
2. Die wohlfahrtsfördernde Wirkung der institutionellen Haftungsbeschränkung	300
3. Besonderheiten im Konzern	301
II. Die Durchgriffshaftung	302
1. Die konzernrechtliche Durchgriffshaftung im Aktienrecht	303
2. Vom qualifiziert faktischen Konzern zur Existenzvernichtungs- haftung im GmbH-Konzern	305
3. Die Deliktdurchgriffshaftung	307
III. Keine Durchbrechung des Rechtsträgerprinzips durch die UN-Leitprinzipien	310
B. Die internationale Zuständigkeit für Menschenrechtsklagen	311
I. Hintergrund: Das Ende der US-amerikanischen Human Rights Litigation	311
1. Das Alien Tort Statute	311
2. Die Ausgestaltung des ATS durch <i>Sosa v. Alvarez-Machain</i>	313

3.	Das Ende der US-amerikanischen Menschenrechtsjurisdiktion durch <i>Daimler, Kiobel</i> und <i>Jesner</i>	314
4.	Jüngste Entwicklungen in den USA und Bedeutungsgewinn europäischer Gerichte	316
II.	Der allgemeine Gerichtsstand, Art. 4 Abs. 1, 63 EuGVVO	317
III.	Kein Konzerngerichtsstand	318
IV.	Der Deliktsgerichtsstand, Art. 7 Nr. 2 EuGVVO	319
1.	Die Bestimmung von Handlungs- und Erfolgsort	320
2.	Der Sitz der Muttergesellschaft als Handlungsort	320
3.	Keine Zurechnung des Handlungsortes für Art. 7 Nr. 2 EuGVVO	321
V.	Der Gerichtsstand der Streitgenossenschaft	322
1.	Art. 8 Nr. 1 EuGVVO	322
2.	Autonomes Zuständigkeitsrecht	323
VI.	Der Vermögensgerichtsstand des § 23 ZPO	326
VII.	Die Notzuständigkeit	328
C.	Das anwendbare Recht	332
I.	Das Tatortprinzip im Internationalen Deliktsrecht	332
II.	Die Erfolgsortanknüpfung des Art. 4 Abs. 1 Rom II-VO	334
III.	Die Ausweichklausel des Art. 4 Abs. 3 Rom II-VO	335
IV.	Das Ubiquitätsprinzip in Art. 7 Rom II-VO und Art. 40 EGBGB ...	337
1.	Menschenrechtsverletzungen als Folge einer Umweltschädigung i. S. d. Art. 7 Rom II-VO	337
2.	Keine analoge Anwendung von Art. 7 Rom II-VO auf Menschenrechtsverletzungen	338
3.	Menschenrechtsverletzungen als Persönlichkeitsrechtsverletzungen i. S. d. Art. 40 EGBGB	341
V.	Die Rechtswahl nach Art. 14 Rom II-VO	342
VI.	Die Korrektur der deliktischen Erfolgsortanknüpfung	344
1.	Abgrenzungsfragen	345
2.	Eingriffsnormen, Art. 16 Rom II-VO	348
3.	Ordre public, Art. 26 Rom II-VO	350
4.	Örtliche Sicherheits- und Verhaltensregeln, Art. 17 Rom II-VO	354
VII.	Zwischenfazit	357
VIII.	Dem Gesellschaftsstatut zuzuordnende Fragen	358
1.	Gesellschaftsrechtliche Qualifikation menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten	359
2.	Gesellschaftsrechtliche Qualifikation der Durchgriffshaftung ...	361
D.	Fazit	362
§17.	<i>Die englische Duty of Care</i>	364
A.	<i>Chandler v. Cape</i>	365
B.	Folgende Entscheidungen des Court of Appeal	365
C.	Die Entscheidung des Supreme Court in <i>Vedanta v. Lungowe</i>	367
D.	Die Entscheidung des Supreme Court in <i>Okpabi v. Royal Dutch Shell</i> ...	369
E.	Schlussfolgerungen	369

§18. <i>Deliktische Sorgfaltspflichten im deutschen Recht</i>	372
A. Einführung in die Verkehrspflichtendogmatik	372
I. Die Unterscheidung zwischen Sicherungs- und Fürsorgepflichten ..	372
II. Das Verhältnis von Verkehrs- zu Sorgfaltspflichten	374
B. Das „Unternehmen“ als Pflichtsubjekt	377
I. Gesetzliche Konzeption	377
II. Die Rechtsentwicklung zu einer umfassenden Unternehmenshaftung	378
1. Von der Geschäftsherrenhaftung zur	
Unternehmensorganisationspflicht	378
2. Von der Organhaftung zur Repräsentantenhaftung	379
3. Der „Organisationsmangel“	380
III. Das Verhältnis von Organisations- zu Verkehrspflichten	380
IV. Konzernweite Organisationspflichten am Beispiel des	
EU-Wettbewerbsrechts	382
1. Der Unternehmensbegriff des EU-Wettbewerbsrechts:	
„wirtschaftliche Einheit“	382
2. Multinationale Unternehmen als „wirtschaftliche Einheit“	383
3. Ablehnung einer strengen Haftungszurechnung innerhalb	
der „wirtschaftlichen Einheit“	385
C. Rechtsträgerübergreifende Sorgfaltspflichten	386
I. Allgemeiner Prüfungsmaßstab	386
1. Möglichkeit der Gefahrsteuerung	386
2. Normative Zuständigkeit zur Gefahrenabwehr	388
II. § 831 BGB als gesetzliche Ausprägung rechtsträgerübergreifender	
Sorgfaltspflichten	389
1. Meinungsstand	390
a) Keine Anwendung von § 831 BGB auf juristische Personen ..	390
b) Rechtsprechung: Öffnung des § 831 BGB nach den konkreten	
Umständen des Einzelfalls	392
c) Systematisierte Anwendung des § 831 BGB auf juristische	
Personen	394
2. Stellungnahme	397
a) Juristische Personen können Verrichtungsgehilfen sein	397
b) Abhängigkeit und Weisungsgebundenheit als maßgebliche	
Determinanten	400
c) Die Anwendung von § 831 Abs. 1 Satz 1 BGB	
im Unternehmensverbund	401
d) Die Anwendung von § 831 Abs. 1 Satz 1 BGB	
in der Lieferkette	404
e) Exkulpation nach § 831 Abs. 1 Satz 2 BGB	
und Beweislastverteilung	407
3. Fazit	410
III. § 823 Abs. 1 BGB als Generalklausel rechtsträgerübergreifender	
Sorgfaltspflichten	412

1. Die Delegation von Sorgfaltspflichten	412
a) Die Delegation bestehender Sorgfaltspflichten	412
b) Das Verhältnis von Delegation und Gefahrentstehung beim Dritten	414
c) Stellungnahme: Verpflichtung nach dem Grad der mittelbaren Gefahrbeherrschung	417
2. Die Übernahme von Sorgfaltspflichten	419
a) Die Übernahme von Sicherungspflichten	421
b) Die Übernahme von Fürsorgepflichten	422
IV. Schlussfolgerungen	424
<i>§19. Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten als deliktsrechtlicher Sondertatbestand?</i>	426
A. Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten als normativer Haftungsgrund	427
I. Meinungsstand	428
1. Befürworter einer spezifisch menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht	428
2. Gegner einer spezifisch menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht	429
II. Stellungnahme	431
1. Der Vertrauensgrundsatz	431
2. Das Verkehrsvertrauen als normativer und objektiver Maßstab	431
3. Das Verkehrsvertrauen als Entstehungsgrund deliktischer Sorgfaltspflichten?	432
4. Fazit: Keine Begründung deliktischer Sorgfaltspflichten allein durch Verkehrserwartungen	434
B. Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten als inhaltlicher Sorgfaltsmaßstab	434
I. Die UN-Leitprinzipien als „Regeln der Technik“	435
II. Die Haftung bei Verstößen gegen private Standards	439
 5. Kapitel: Gesetzliche Einführung einer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht	 443
<i>§20. Relevante Regelungsansätze in Europa</i>	443
A. Die EU-Holzhandelsverordnung	443
I. Regelungszweck	443
II. Regelungsinhalt	444
III. Public Enforcement	445
IV. Private Enforcement	445
B. Die EU-Konfliktmineralienverordnung	446
I. Regelungszweck	446
II. Regelungsinhalt	447
III. Public Enforcement	448
IV. Private Enforcement	448
C. Das niederländische Gesetz gegen Kinderarbeit	448
I. Regelungszweck	448

II.	Regelungsinhalt	449
III.	Public Enforcement	450
IV.	Private Enforcement	451
D.	Das französische Loi de Vigilance	451
I.	Regelungszweck	451
II.	Regelungsinhalt	452
III.	Public Enforcement	453
IV.	Private Enforcement	453
E.	Die Schweizer Konzernverantwortungsinitiative	454
I.	Regelungszweck	455
II.	Regelungsinhalt	455
III.	Public Enforcement	456
IV.	Private Enforcement	456
§ 21.	<i>Die Einführung eines Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes in Deutschland</i>	457
A.	Entstehungsgeschichte	457
B.	Zweck und Inhalt des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes	458
I.	Regelungszweck	458
II.	Regelungsinhalt	459
1.	Persönlicher Anwendungsbereich	459
a)	Unternehmensgröße	459
b)	Unternehmenssitz	462
c)	Unternehmens- und Geschäftsbegriff	462
2.	Sachlicher Anwendungsbereich	464
3.	Inhalt der Sorgfaltspflicht	466
a)	Risikomanagement	468
b)	Menschenrechtliche Grundsatzserklärung	469
c)	Risikoanalyse	470
d)	Präventions- und Abhilfemaßnahmen	471
e)	Beschwerdeverfahren	474
f)	Wirksamkeitskontrolle	474
g)	Dokumentation und Berichterstattung	475
4.	Verantwortlichkeit für indirekte nachteilige Auswirkungen	477
III.	Public Enforcement	479
1.	Überprüfung der Berichtspflicht	479
2.	Überprüfung der Sorgfaltspflicht	481
IV.	Private Enforcement	483
C.	Fazit	486

6. Kapitel: Menschenrechtsbezogene Vorstandspflichten	489
§ 22. <i>Information</i>	490
A. Anforderungen der UN-Leitprinzipien	490
B. Gesellschaftsrechtliche Umsetzung	491
I. Compliance	491
1. Informationelle Entscheidungsvorbereitung	491
2. Wirksamkeitskontrolle („Tracking“)	493
II. Risikofrüherkennung	494
III. CSR-Berichtspflicht	496
IV. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz	498
§ 23. <i>Organisation</i>	500
A. Anforderungen der UN-Leitprinzipien	500
B. Gesellschaftsrechtliche Umsetzung	501
I. Compliance	501
1. Das Verhältnis von menschenrechtlicher Due Diligence zum allgemeinen Compliance- und Risikomanagement	501
2. Bedeutung für die Unternehmensorganisation	504
II. Risikospezifisches Überwachungssystem	505
1. Pflicht zur Einrichtung eines Risikomanagementsystems?	505
2. Besonderheiten für börsennotierte Gesellschaften	506
III. CSR-Berichtspflicht	507
IV. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz	508
§ 24. <i>Kommunikation</i>	509
A. Anforderungen der UN-Leitprinzipien	509
B. Gesellschaftsrechtliche Umsetzung	511
I. Auskunftsrecht der Aktionäre	511
1. Inhalt und Grenzen des Auskunftsrechts	512
2. Verweigerung der Auskunft	514
3. Aktivistische Aktionäre und institutionelle Investoren	515
a) Aktivistische („kritische“) Aktionäre	515
b) Institutionelle Investoren	516
II. CSR-Berichtspflicht	519
1. Berichtspflicht als Vorstandspflicht	519
2. Berichtspflichtige Belange	520
3. Umfang der Berichterstattung	522
4. Wesentlichkeitsvorbehalt	523
5. Verwendung von Rahmenwerken	525
6. Exkurs: Taxonomie-VO	526
III. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz	527

§ 25. Vergütung	529
A. Anforderungen der UN-Leitprinzipien	529
B. Gesellschaftsrechtliche Umsetzung	529
I. Exkurs: Mitarbeitervergütung	529
II. Vorstandsvergütung	530
1. Grenzen einer menschenrechtsbezogenen Vergütungspolitik	531
a) Vertragsrechtliche Beschränkungen	531
b) Vergütungsrechtliche Beschränkungen	532
c) Kompetenzrechtliche Beschränkungen	533
2. Menschenrechtliche Vergütungsparameter	534
3. Bonus-, Malus- und Clawback-Vereinbarungen	535
§ 26. Zusammenfassende Betrachtungen zur Umsetzung menschenrechtsbezogener Compliance	536
Untersuchungsergebnisse	541
A. Menschenrechtliche Unternehmensverantwortung zwischen CSR und Recht	541
B. Anforderungen an ein menschenrechtskonformes Unternehmensverhalten	543
I. Außenverhältnis	543
1. Soft Law	543
a) UN-Leitprinzipien	544
b) OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen	545
c) UN Global Compact	546
2. Deliktische Sorgfaltspflichten	547
3. Gesetzliche Sorgfaltspflichten	547
II. Innenverhältnis	548
C. Human Rights Due Diligence als Compliance-Aufgabe	550
Literaturverzeichnis	555
Sachverzeichnis	581

Einführung

A. Hintergrund und Gegenstand der Untersuchung

Noch vor wenigen Jahren galten die USA als weltweiter „Human Rights Watchdog“.¹ Grund dafür war die großzügige Handhabung der eigenen Gerichtsbarkeit durch US-amerikanische Gerichte unter Anwendung des sog. Alien Tort Statute (im Folgenden: ATS). Dabei handelt es sich um eine Jurisdiktionsnorm aus dem 18. Jahrhundert, welche die Zuständigkeit der US-amerikanischen Bundesgerichte für Fälle begründet, in denen der Kläger² geltend macht, durch ein völkerrechtswidriges, deliktisches Verhalten eines Dritten in seinen Rechten verletzt zu sein.³ Diese Zuständigkeitsnorm wurde ab den 1990er Jahren von Menschenrechtsanwälten genutzt, um privatrechtliche Unternehmen wegen ihrer mutmaßlichen Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen. Als erster Fall seiner Art schlug dabei insbesondere das Verfahren *Doe v. Unocal*⁴ große Wellen. Darin verklagten burmesische Dorfbewohner den kalifornischen Energiekonzern Unocal Corp. wegen dessen angeblicher Mitschuld für Zwangsarbeit, Folter, Raub, Mord und Zwangsumsiedlungen durch das burmesische Militär. Unocal hatte zuvor das Militärregime beauftragt, bei der Umsetzung eines Pipelineprojekts für Sicherheit zu sorgen. Dabei hätte das Unternehmen – so lautete der Klagevorwurf – aufgrund der Repressionserfahrungen in Myanmar erkennen müssen, dass das Regime den Auftrag unter massiver Anwendung von Gewalt gegen die einheimische Bevölkerung ausführen würde.⁵ Als Leitentscheidung bahnte *Doe v. Unocal* zwar den Weg für zahlreiche weitere Klagen gegen Unternehmen aus aller Welt,⁶ jedoch verlief das Verfahren selbst keinesfalls geradlinig: Während die Kläger erstinstanzlich noch vollständig unterlagen, gab das Berufungsgericht

¹ Coester-Waltjen, FS Schütze (2014), S. 27, 28; darauf Bezug nehmend Weller/Kaller/Schulz, AcP 216 (2016), 387, 391; Weller/Thomale, ZGR 2017, 509, 512.

² Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwendet die Arbeit durchweg das generische Maskulinum. Dieses schließt in der Bedeutung die anderen Geschlechter gleichberechtigt mit ein.

³ Für eine ausführliche Besprechung des ATS siehe unten § 16. B.I.

⁴ *Doe I v. Unocal Corp.*, 963 f.Supp. 880 (C. D. Cal. 1997); 395 f.3d 932 (9th Cir. 2002).

⁵ *Doe I v. Unocal Corp.*, 963 f.Supp. 880, 884 f. (C. D. Cal. 1997); ausführlich Rau, IPRax 2001, 372, 373 f.; Sandrock, RIW 2013, 497, 505 f.; Seibert-Fohr, ZaöRV 63 (2003), 195 ff.

⁶ Reynolds/Zimmer, RIW 2013, 509, 510 berichten von mehr als 150 Prozessen gegen führende multinationale Unternehmen; nach Goldhaber, UC Irvine Law Review 3 (2013), 127, 128 waren es (bis dahin) etwa 180 Klagen; zu Beispielsverfahren gegen deutsche Unternehmen siehe Sandrock, RIW 2013, 497 ff.

der Klage zumindest in Teilen statt.⁷ Daraufhin traten die Parteien in Vergleichsverhandlungen und das Verfahren wurde schließlich außergerichtlich gegen eine Zahlung an die Kläger in Höhe von 30 Mio. US-Dollar beendet.⁸ Damit gibt *Doe v. Unocal* in gewisser Hinsicht einen für folgende ATS-Verfahren symptomatischen Verlauf vor. Zwar gelang es Klägern auch in späteren Verfahren noch, hohe Vergleichssummen auszuhandeln.⁹ Zusprechende Richtersprüche sind dagegen kaum zu verzeichnen und in der überwiegenden Zahl der Verfahren wurde sogar zugunsten der beklagten Unternehmen entschieden.¹⁰ Bedeutung erlangte die US-amerikanische Gerichtspraxis vielmehr aufgrund der mit den Verfahren verbundenen Öffentlichkeit und des hohen Vergleichsdrucks, der nicht zuletzt dem äußerst klägerfreundlichen Prozessrecht in den USA geschuldet war.¹¹

Aus der Sicht der deutschen Rechtswissenschaft wurde die US-amerikanische Human Rights Litigation stets mit Bewunderung und Befremden zugleich beobachtet. Die Bewunderung galt vor allem dem Eifer bei der Effektuierung der Menschenrechte auch gegenüber Privaten. Damit verband sich das idealistische Versprechen nach Gerechtigkeit gegenüber einer – vermeintlich – entgrenzten Ausbeutungspraxis multinationaler Unternehmen. Allerdings überschritt die Anwendung des ATS zugleich die dogmatische Trennlinie zwischen dem internationalen Völkerrecht und dem Privatrecht. Denn es erschien befremdlich, privatrechtliche Unternehmen überhaupt völkerrechtlichen Verhaltenspflichten unterstellen zu wollen. Außerdem zeigte sich in den ATS-Verfahren eine gewisse Missachtung der „judicial comity“, d. h. der Zurückhaltung im Umgang mit Klagen gegen forumfremde Unternehmen. Nach der US-amerikanischen Gerichtspraxis waren Klagen gegen ausländische Unternehmen nämlich bereits zulässig, wenn diese bloß vereinzelt und vorübergehend in den USA wirtschaftlich tätig waren, unabhängig davon, wo sich der streitbegründende Sachverhalt abgespielt oder das Unternehmen seinen Sitz hatte.¹² Diese Rechtsprechung stand in einem deutlichen Gegensatz zu den Vorschriften der europäischen Zuständigkeitsordnung, weshalb zuweilen ein „transatlantischer Justizkonflikt“ angenommen wurde.¹³ Mittlerweile hat der Supreme Court diese Praxis in seiner Entscheidungsstrilogie *Kiobel, Baumann*

⁷ Klageabweisung durch *Doe I v. Unocal Corp.*, 110f.Supp. 2d 1294, 1303 ff. (C.D. Cal. 2000); Teilaufhebung des erstinstanzlichen Urteils durch *Doe I v. Unocal Corp.*, 395 f.3d 932, 944 ff., 962 f. (9th Cir. 2002); vgl. zum holprigen Verfahrensverlauf auch *Sandrock*, RIW 2013, 497, 505; *Seibert-Fohr*, ZaöRV 63 (2003), 195 ff.

⁸ *Goldhaber*, UC Irvine Law Review 3 (2013), 127, 129 unter Verweis auf den geleakten Vergleichsvertrag.

⁹ Eine Liste mit weiteren Vergleichen in ATS-Verfahren findet sich bei *Goldhaber*, UC Irvine Law Review 3 (2013), 127, 128 f. (mit dortiger Fn. 10).

¹⁰ *Reimann*, IPRax 2013, 455, 456; *Reynolds/Zimmer*, RIW 2013, 509, 510.

¹¹ *Brunk*, RIW 2018, 503; *Reynolds/Zimmer*, RIW 2013, 509, 510; *Thomale*, ZIP 2014, 1158, 1163 f.; zu den prozessualen Eigenheiten des US-amerikanischen Zivilverfahrensrechts siehe auch v. *Hein*, ZGR 2016, 414, 415 f.

¹² Vgl. zu dieser Rechtsprechung *International Shoe Co. v. Washington*, 66 S.Ct. 154 (1945).

¹³ Statt vieler *Hess*, AG 2006, 809 ff. m. w. N.

und *Jesner* deutlich zurückgestutzt:¹⁴ In *Kiobel v. Royal Dutch Petroleum* (2013) beschränkte der Supreme Court zunächst die extraterritoriale Anwendbarkeit des ATS.¹⁵ Sodann entsagte er in *Daimler v. Baumann* (2014) seiner allgemeinen Gerichtsbarkeit über forumfremde Unternehmen.¹⁶ Schließlich entschied er in *Jesner v. Arab Bank* (2018), dass das ATS auf ausländische Unternehmen generell nicht anwendbar sei.¹⁷ Damit ist zwar nicht das Ende der US-amerikanischen Menschenrechtsklagen besiegelt.¹⁸ Das ATS hat jedoch erheblich an Attraktivität eingebüßt, was sich an einem deutlichen Rückgang entsprechender Verfahren zeigt.¹⁹

Die Rolle des „Human Rights Watchdogs“ übernehmen inzwischen andere, denn während die USA – oder zumindest die US-amerikanische Justiz – ihr Engagement sukzessive zurückgefahren haben, hat die zivilrechtliche Durchsetzung der Menschenrechte im Rest der Welt Konjunktur. Dabei zeichnen sich zwei parallele Entwicklungen ab:

Zum einen hat die Zahl strategischer Menschenrechtsklagen in Europa zugenommen. Dabei geht es vor allem um die Produktionsbedingungen in den „Sweatshops“ globaler Wertschöpfungsketten. Der Vorwurf gegen die Abnehmerunternehmen in Europa lautet in diesen Fällen, dass sie ihre deliktische Sorgfaltpflicht („duty of care“) gegenüber den Arbeitnehmern ihrer Zulieferunternehmen im Globalen Süden verletzt haben. Diese Sorgfaltpflicht besteht darin, alle zumutbaren Vorkehrungen zu treffen, um Dritte vor Gefahren zu schützen, die der eigenen Sphäre entspringen. Wer einen Betrieb unterhält, muss die Sicherheit am Arbeitsplatz gewährleisten. Wer dieselbe Tätigkeit durch ein Drittunternehmen verrichten lässt, muss – verkürzt gesprochen – sicherstellen, dass sich dieses Unternehmen ebenso sorgfältig verhält. Zwar sind die deliktsrechtlichen Zurechnungsmechanismen im Einzelnen diffiziler,²⁰ jedoch zeigt sich international ein Trend, nach dem den Abnehmerunternehmen vermehrt die Verantwortung für ihre Wertschöpfungsketten zugewiesen wird.²¹ Die Herangehensweise dieser europäischen Menschenrechtsklagen unterscheidet sich allerdings von dem „Pomp“ der

¹⁴ Ausführlich *Brunk*, RIW 2018, 503, 506 ff. sowie unten § 16. B. I. 3.

¹⁵ *Kiobel v. Royal Dutch Petroleum Co.*, 133 S.Ct. 1659 (2013); hierzu *Reimann*, IPRax 2013, 455 ff.; *Reynolds/Zimmer*, RIW 2013, 509 ff.

¹⁶ *Daimler AG v. Baumann*, 134 S.Ct. 746 (2014); hierzu *Adler*, IPRax 2018, 286 ff.

¹⁷ *Jesner v. Arab Bank, PLC*, 138 S.Ct. 1386 (2018); besprochen in *Berger-Walliser*, Univ. Pa. J. Bus. Law 21 (2019), 757 ff.; *Brunk*, RIW 2018, 503 ff.

¹⁸ Mit entsprechender Wertung nach dem *Kiobel*-Urteil bereits v. *Hein*, ZGR 2016, 414 ff.; *Reimann*, IPRax 2013, 455 ff.; zur diesbezüglichen Bedeutung des *Jesner*-Urteils *Brunk*, RIW 2018, 503, 510 f.; zu den gegenwärtig verhandelten ATS-Verfahren siehe unten § 16. B. I. 4.

¹⁹ Zur Post-*Jesner*-Entwicklung *Cahn*, *Cardozo Law Review* 42 (2020), 390, 401 f. („a handful of ATS claims“).

²⁰ Ausführlich zur Begründung rechtsträgerübergreifender Sorgfaltpflichten im deutschen Recht § 18. C.

²¹ Vgl. jüngst die Entscheidungen niederländischer Gerichte in den sog. *Shell*-Verfahren, Gerichtshof Den Haag, *Oguru v. Shell*, Urt. v. 29.1.2021, ECLI:NL:GHDHA:2021:132 und *Dooch v. Shell*, Urt. v. 29.1.2021, ECLI:NL:GHDHA:2021:133; zu den die Gerichtszuständigkeit betreffenden Entscheidungen englischer Gerichte *Okpabi v. Shell*, [2021] UKSC 3; zuvor bereits *Vedanta v. Lungowe*, [2019] UKSC 20.

US-amerikanischen Human Rights Litigation, weil sie anders als das ATS keine unmittelbare Verbindung zum Völkerrecht herstellt und überdies auf eine extraterritoriale Anwendung der eigenen Rechtsprinzipien und der damit verbundenen Moralvorstellungen verzichtet. Stattdessen setzen die Verfahren auf die Regelmäßigkeit des europäischen Internationalen Privat- und Verfahrensrechts und suchen auf dem Boden des anwendbaren Deliktsrechts nach einem pragmatischen und unpolitischen Interessenausgleich.²²

Zum anderen übernehmen die Gesetzgeber immer häufiger die Rolle des „Watchdogs“. Das zeigt sich daran, dass vormalig untergesetzliche Verhaltensstandards zunehmend Eingang in die nationalen Rechtsordnungen finden. Ging es dabei zunächst nur um menschenrechts- und CSR-bezogene Berichtspflichten – die europäische CSR-Richtlinie²³ und der UK Modern Slavery Act²⁴ stehen hier Pate –, werden immer häufiger auch menschenrechtliche Sorgfaltspflichten gesetzlich vorgeschrieben. Entsprechende Gesetze bestehen bereits seit Längerem in Frankreich mit dem *Loi relative au devoir de vigilance*²⁵ und in den Niederlanden mit dem Gesetz gegen Kinderarbeit (*Wet zorgplicht kinderarbeid*²⁶). Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (*LkSG*)²⁷ wurde am 11. Juni 2021 vom Bundestag beschlossen. Für die EU hat Justizkommissar *Reynders* im April 2020 die Einführung eines europäischen Rechtsakts angekündigt; der Entwurf sollte ursprünglich noch im Jahr 2021 vorliegen.²⁸ Alle diese Kodifikationsansätze lassen sich auf die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zurückführen. Dabei handelt es sich um ein rechtlich unverbindliches Normenwerk, das der UN-Sondergesandte *John G. Ruggie* im Jahr 2011 dem UN-Menschenrechtsrat vorlegte und das sich seither zum internationalen Verhaltensstandard für Unternehmen in Menschenrechtsfragen entwickelt hat. Die UN-Leitprinzipien verfolgen einen holistischen Steuerungsansatz, indem sie sich gleichermaßen an Staaten wie

²² Insoweit stellt v. *Falkenhausen*, Menschenrechtsschutz, S. 4 allerdings zu Recht die Frage, ob das „pragmatische Deliktsrecht“ überhaupt dazu dienen kann, „einen so inhärent moralischen Anspruch wie den der Menschenrechte durchzusetzen“.

²³ Richtlinie 2014/95/EU v. 22.10.2014, ABl. 2014 L 330, 1; vgl. hierzu bereits *Brunk*, in: *Krajewski/Saage-Maaß*, Durchsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten, S. 165 ff.

²⁴ *Modern Slavery Act* v. 26.3.2015, UK Public General Acts 2015 c. 30; hierzu *Rühmkorf*, ZGR 2018, 410, 417 ff.

²⁵ *Loi no. 2017–399 du 27 mars 2017 relative au devoir de vigilance des sociétés mères et des entreprises donneuses d’ordre*; hierzu ausführlich *Nasse*, ZEuP 2019, 774 ff.; eine deutsche Übersetzung findet sich bei *Fleischer/Danninger*, DB 2017, 2849, 2851 f.; vgl. unten § 20. D.

²⁶ *Wet van 24 oktober 2019 houdende de invoering van een zorgplicht ter voorkoming van de levering van goederen en diensten die met behulp van kinderarbeid tot stand zijn gekomen* (*Wet zorgplicht kinderarbeid*), 24.10.2019, Staatsblad 2019, 401; hierzu § 20. C.

²⁷ *RegE LkSG*, BR-Drucks. 239/21 v. 26.3.2021; vgl. zur endgültigen Fassung auch BT-Drucks 19/30505 v. 9.6.2021; hierzu ausführlich § 21.

²⁸ Vgl. *Hübner*, NZG 2020, 1411, 1416; *Mansel/Thorn/Wagner*, IPRax 2021, 105, 109; der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments hat daraufhin einen Legislativvorschlag mit einer europäischen Due Diligence-Richtlinie erarbeitet, vgl. EU-Parlament, Entschließung vom 10. März 2021 mit Empfehlungen an die Kommission zur Sorgfaltspflicht und Rechenschaftspflicht von Unternehmen (2020/2129(INL)).

Unternehmen richten und ihnen komplementäre Verantwortungsrollen zuweisen: Während nämlich die Staaten völkerrechtlich zum Schutz der Menschenrechte verpflichtet sind („Duty to Protect“), trifft die Unternehmen eine ethisch-moralische Verantwortung zur Achtung der Menschenrechte („Responsibility to Respect“). Anders als vorherige Steuerungsansätze²⁹ versuchen die UN-Leitprinzipien damit nicht, dem Völkerrecht unmittelbare Verhaltenspflichten für Unternehmen zu entnehmen, sondern sie begründen eine eigenständige Verantwortungskategorie, die sie im Bereich der sozialen Normen verankern („Soft Law“). Diese sozialen Normen wirken aber in vielfacher Hinsicht in die nationalen Rechtsordnungen hinein und entfalten auf diese Weise Rechtswirkungen für Unternehmen. Dies geschieht zum einen, indem die Verhaltensanforderungen unmittelbar in gesetzliche Rechtspflichten übersetzt werden, was sich an den oben genannten Gesetzen zeigt. Zum anderen führen die menschenrechtsbezogenen Soft Law-Bestimmungen zu einer Neuformulierung des „allgemein Üblichen“³⁰ und füllen auf diese Weise die Generalklauseln des nationalen Haftungsrechts aus.

Schließlich übernehmen die Unternehmen immer häufiger selbst die Rolle des „Human Rights Watchdogs“, und damit befinden wir uns im Thema dieser Arbeit. Denn die dargestellten Entwicklungslinien haben dazu geführt, dass die Menschenrechte aus gesellschaftsrechtlicher Sicht zum Compliance-Thema geworden sind. Das liegt vor allem an der zunehmenden Verrechtlichung menschenrechtlicher Verhaltenspflichten, die mit einem wachsenden gesellschaftlichen Bewusstsein für die Bedeutung der Menschenrechte im wirtschaftlichen Kontext einhergeht. Wer die Menschenrechte nicht achtet, muss befürchten, einerseits Schadensersatz und Bußgelder zahlen zu müssen und andererseits seine gesellschaftliche Akzeptanz einzubüßen.³¹ Zugleich ist die Einhaltung der Menschenrechte zum ökonomischen Goodwill-Faktor für die Unternehmen geworden: Eine positive Menschenrechtsperformance kann einen Wettbewerbsvorteil bei Absatz, Kapitalbeschaffung und Mitarbeiterakquise bedeuten, während eine schlechte Menschenrechtsperformance vom Markt abgestraft wird.³²

Sind damit zwar die möglichen Folgen der Nichteinhaltung der Menschenrechte umrissen, bleibt jedoch offen, welche Handlungen und Maßnahmen zur Einhaltung der Menschenrechte verlangt werden. Dies zu ermitteln, gestaltet sich als schwierig, weil die internationalen Menschenrechte zumeist nicht mehr als bloße Programmsätze darstellen, sodass sich konkrete Handlungspflichten kaum ableiten lassen. Vor diesem Hintergrund sehen sich Unternehmen, welche die Menschenrechte in ihrer Compliance abbilden wollen, vor beachtliche praktische Herausforderungen

²⁹ Beispielsweise die UN Draft Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with regard to Human Rights, dazu unten § 13.

³⁰ Vgl. *Spießhofer*, Unternehmerische Verantwortung, S. 70 mit entsprechender Einschätzung zum UN Global Compact.

³¹ Zur potenziellen deliktischen Außenhaftung des Unternehmens bei Verstößen gegen die UN-Leitprinzipien siehe unten § 19.; zu den daraus erwachsenden Vorstandspflichten vgl. § 22. bis 26.

³² Zur Bedeutung der Unternehmensreputation § 4. B. I.

gestellt. Diesen Herausforderungen nachzugehen, ist Ziel der vorliegenden Untersuchung. Dabei verfolgt sie den doppelten Anspruch, die Menschenrechtsverantwortung von Unternehmen wissenschaftlich aufzubereiten und zugleich den Unternehmen und ihren Leitungsverantwortlichen einen fundierten Handlungsrahmen zu präsentieren. Dafür ist es notwendig, die Thematik aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten, nämlich einerseits aus der regulatorischen Außensicht auf das Unternehmen und andererseits aus der gesellschaftsrechtlichen Innensicht aus dem Unternehmen heraus auf die menschenrechtsbezogenen Herausforderungen. Erstere zeigt, welchen menschenrechtsbezogenen Verhaltenspflichten das Unternehmen unterworfen ist; aus letzterer ergeben sich die korrespondierenden innergesellschaftlichen Organisationspflichten. Zusammen definieren sie das, was in dieser Arbeit als Menschenrechtscompliance bezeichnet wird und damit eine funktionsadäquate Grundlage für Unternehmen bildet, um ihre Rolle als „Human Rights Watchdogs“ auszufüllen.

B. Gang der Untersuchung

Wie jede Untersuchung lässt sich auch diejenige der Menschenrechtscompliance auf verschiedene Weise darstellen. So ließe sich strikt zwischen den beiden Blickwinkeln, d. h. Außen- und Innenperspektive, trennen. Dadurch ginge aber das Zusammen- und Wechselspiel zwischen den Perspektiven verloren, das auf vielfache Weise zum Ausdruck kommt. Beispielsweise stellen die UN-Leitprinzipien nicht bloß eine abstrakte Pflichtenposition auf („Achtet die Menschenrechte!“), sondern definieren zugleich die zur Umsetzung dieser Pflichtenposition erforderlichen innergesellschaftlichen Organisationsmaßnahmen („Human Rights Due Diligence“). Insoweit bauen sie einerseits auf den rechtlich-betriebswirtschaftlichen Erkenntnisse zum Compliance- und Risikomanagement auf. Andererseits prägen sie aufgrund ihrer spezifischen Steuerungswirkung ihrerseits die im Rahmen des Compliance- und Risikomanagements erforderlichen Organisationsmaßnahmen. Diese Wechselwirkungen spiegeln sich im Aufbau der vorliegenden Untersuchung wider, indem im erforderlichen Maße zwischen der Außen- und der Innenperspektive gewechselt wird.

Die Untersuchung beginnt mit einem Prolog, in welchem der Menschenrechtsbegriff (§1.) und die völkerrechtlichen Grundlagen der Menschenrechtsbindung von Unternehmen (§2.) in der gebotenen Kürze dargestellt werden. Dabei ist davon auszugehen, dass eine völkerrechtliche Bindung von Unternehmen an die Menschenrechte bisher allenfalls in begrenztem Umfang begründet werden kann. Es verwundert daher nicht, dass Unternehmen Menschenrechtsfragen bisher überwiegend nicht als Rechtsfragen betrachten, sondern als Teil ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, der sog. Corporate Social Responsibility (kurz: CSR). Auch die UN-Leitprinzipien setzen, indem sie ihren Pflichtenbestand auf soziale Normen stützen, in normativer Hinsicht auf die Erkenntnisse der betriebswirtschaftlich-soziologischen CSR-Forschung. Daher sollen im sich anschließenden 1. Kapitel die

begrifflichen und konzeptionellen Grundlagen der CSR dargestellt werden (§ 3.). Außerdem ist die ökonomische Bedeutung von CSR – der sog. „Business Case“ – zu untersuchen (§ 4.). Anschließend ist ein Blick auf die gesellschaftsrechtlichen – speziell: aktienrechtlichen³³ – Implikationen der CSR-Diskussion zu werfen und in diesem Zusammenhang auf die Formalzielbestimmung in der Aktiengesellschaft (Shareholder Value vs. Stakeholder Value) einzugehen (§ 5.). Das 1. Kapitel schließt mit einem Fazit (§ 6.).

Im 2. Kapitel werden aus der gesellschaftsrechtlichen Innenperspektive die Grundlagen der Compliance-Pflicht beleuchtet. Dafür ist, nach einer kurzen Klärung des Begriffs (§ 7.), die aktienrechtliche Bedeutung der Compliance zu erläutern, wobei auch die Frage nach der konzerndimensionalen Geltung der Compliance-Pflicht zu beantworten ist (§ 8.). Anschließend werden der Betrachtungsgegenstand und die typischen Elemente einer standardisierten Compliance-Organisation dargestellt (§ 9.) sowie abschließend ein kurzes Resümee gezogen (§ 10.).

Das 3. Kapitel widmet sich dem Bestand an internationalen Verhaltensstandards. Dabei ist ausgehend vom Draft UN Code of Conduct on Transnational Corporations (§ 11.) die Entwicklungsgeschichte dieser Verhaltensstandards darzustellen. In diesem Zusammenhang ist auch auf den UN Global Compact (§ 12.) und die Draft UN Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with regard to Human Rights (§ 13.) einzugehen. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf den UN-Leitprinzipien (§ 14.) sowie den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen und deren spezifischem Durchsetzungsverfahren vor den Nationalen Kontaktstellen (§ 15.).

Das 4. Kapitel untersucht die deliktsrechtliche Bedeutung der Menschenrechte und der besprochenen menschenrechtlichen Verhaltensstandards. Dabei werden mit dem gesellschaftsrechtlichen Trennungsprinzip sowie dem Internationalen Zivilverfahrens- und Privatrecht zunächst die Voraussetzungen der deliktischen Haftung ergründet (§ 16.). Außerdem wird ein Blick auf die englische Judikatur geworfen, da die bisherigen Menschenrechtsverfahren in Europa überwiegend auf der Grundlage des englischen Common Law geführt wurden (§ 17.). Sodann werden die Voraussetzungen einer Haftung nach deutschem Recht unter Einbeziehung der deliktsrechtlichen Verkehrspflichtendogmatik dargestellt (§ 18.). Abschließend soll die Frage beantwortet werden, ob das (deutsche) Deliktsrecht zur Durchsetzung spezifisch menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten nach Maßgabe der UN-Leitprinzipien geeignet ist (§ 19.).

Im 5. Kapitel werden bisherige Ansätze zur Kodifizierung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in Europa (§ 20.) sowie das Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz in Deutschland (§ 21.) untersucht und bewertet.

³³ Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich in gesellschaftsrechtlicher Hinsicht weitgehend auf das Aktienrecht. Dieses ist, soweit wie z. B. im 6. Kapitel Organpflichten betroffen sind, mutatis mutandis auf andere Gesellschaftsformen wie die GmbH zu übertragen.

Das 6. Kapitel nimmt erneut die gesellschaftsrechtlichen Innenperspektive ein, indem die vorstehenden Untersuchungsergebnisse auf menschenrechtsbezogene Vorstandspflichten abgeklopft werden. Dabei soll zwischen Informationspflichten (§ 22.), Organisationspflichten (§ 23.) sowie Kommunikationspflichten (§ 24.) differenziert werden. Zudem soll die Möglichkeit zur Umsetzung einer menschenrechtsbezogenen Vorstandsvergütung untersucht werden, die zwar in den Kompetenzbereich des Aufsichtsrats fällt (§ 87 Abs. 1 AktG), aber die Rechtsstellung des Vorstands unmittelbar betrifft (§ 25.). Es folgt ein Resümee zu den Vorstandspflichten (§ 26.).

Abschließend werden die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung zusammengefasst und Bilanz gezogen.

Prolog: Die Menschenrechte

§1. Der Begriff der Menschenrechte

Mit Worten lässt sich trefflich streiten. Das gilt selbst in solchen Bereichen, in denen infolge einer langjährigen Begriffsbildung von einem gefestigten Verständnis ausgegangen werden müsste, nämlich hier für den Begriff der Menschenrechte. Dies zeigt sich an den Attributen, die zur Umschreibung des Menschenrechtsbegriffs typischerweise angeführt werden. Exemplarisch lässt sich auf die Definition von *Fremuth* verweisen: „Menschenrechte sind die allen Menschen kraft Geburt zustehenden, egalitären und vorstaatlichen Rechte, die auf Achtung, Schutz und Erfüllung an staatliche oder überstaatliche Hoheitsgewalt gerichtet sind. Sie beanspruchen universelle Geltung, sind unveräußerlich, unteilbar und interdependent.“¹ Dieser Definition soll hier nicht widersprochen werden, sondern sie soll im Ausgangspunkt auch der vorliegenden Untersuchung zugrunde gelegt werden. Indes lassen sich aus ihr keine praktischen Schlüsse ziehen, da sich – mit Ausnahme der Rechte auf Leben, Leib und Fortbewegungsfreiheit – kaum ableiten lässt, welche Rechte im Einzelnen gemeint sind. Viele der im UN-Sozialpakt festgehaltenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, wie z. B. die Rechte auf angemessenen Lohn (Art. 7), auf Bildung von und Betätigung in Gewerkschaften (Art. 8) oder auf bezahlten Mutterurlaub (Art. 10) können kaum als unveräußerliche Geburtsrechte des Menschen bezeichnet werden, wenngleich sie als Menschenrechte weitgehend anerkannt sind. Insoweit geht es eher um politische Errungenschaften, durch welche ein rechtlicher Mindestschutz gewährleistet werden soll und die aufgrund ihres spezifischen Menschenwürdegehalts – unabhängig vom geografischen, politischen und religiös-kulturellen Kontext – keinem Menschen verweigert werden dürfen.

Im Übrigen handelt es sich bei den Menschenrechten auch um einen politischen Kampfbegriff, dessen Grenzen fortlaufend herausgefordert werden. Dies lässt sich anhand der typischen Einteilung der Menschenrechte in Generationen aufzeigen.² Die klassischen Freiheits- und Bürgerrechte bilden – ursprünglich verstanden als Abwehrrechte gegen staatliche Freiheitsbeschränkungen – die erste Generation der Menschenrechte und finden sich überwiegend im UN-Zivilpakt wieder. Menschenrechte der zweiten Generation sind als wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zumeist auf staatliche Gewährleistung angewiesen und insbesondere im

¹ *Fremuth*, Menschenrechte, S. 23.

² Vgl. zu dieser Einteilung *Fassbender*, APuZ 46/2008, 3, 5f.; *Fremuth*, Menschenrechte, S. 67ff.

UN-Sozialpakt niedergelegt. Die Rechte dieser ersten beiden Generationen haben gemeinsam, dass sie subjektive Rechte des Einzelnen gegenüber dem Staat darstellen.³ Demgegenüber sind die Menschenrechte der dritten Generation Kollektivrechte, die Gruppen und Gemeinschaften zustehen, etwa das Selbstbestimmungsrecht der Völker oder die Rechte auf Entwicklung und Frieden.⁴ Das Recht auf eine gesunde Umwelt wird ebenfalls der dritten Generation zugeschrieben,⁵ genießt aber – zumindest über den Umweg des zivilrechtlichen Eigentumsschutzes – zunehmend Anerkennung als Individualrecht.⁶ Überwiegend handelt es sich bei den Menschenrechten der dritten Generation jedoch um politische Forderungen, die erst im Laufe des 20. Jahrhunderts formuliert worden sind und in der Menschenrechtspraxis bislang allenfalls eine untergeordnete Rolle spielen.⁷ An ihnen zeigt sich das Bemühen, den Begriff der Menschenrechte fortlaufend zu erweitern. Angesichts dieser Heterogenität von der Unteilbarkeit und Interdependenz der Menschenrechte zu sprechen, fällt jedoch schwer, zumal auch die Menschenrechte der ersten beiden Generationen auf der Welt ungleich und mit unterschiedlichem Gewicht verwirklicht sind.⁸

Aufgrund dieser Unwägbarkeiten soll der vorliegenden Untersuchung ein völkerrechtliches Verständnis zugrunde gelegt werden, das der o. g. Definition einen positiven Katalog an Menschenrechten zur Seite stellt. Die Menschenrechte sollen danach verstanden werden als die in der sog. „Internationalen Menschenrechtscharta“ (dazu sogleich) festgelegten Rechte. Diese werden ergänzt und konkretisiert durch die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization, kurz: ILO) sowie verschiedene Menschenrechtsakte, die auf den Schutz besonders gefährdeter Individuen und Gruppen (Behinderte, Frauen, Kinder, Minderheiten, Wanderarbeiter usw.) gerichtet sind.⁹ Dieser Katalog an Rechtsinstrumenten soll aber kein exklusives Verständnis ausdrücken, sondern zur Orientierung dienen, und steht für Entwicklungen offen.¹⁰

Zur näheren Bestimmung sollen im Folgenden zunächst Entwicklungsgeschichte (A.) und Inhalt (B.) der Menschenrechte umrissen werden. In einem zweiten Schritt (§ 2.) ist zu untersuchen, ob die völkerrechtlichen Menschenrechte unmit-

³ *Fremuth*, Menschenrechte, S. 67 f.

⁴ *Fassbender*, APuZ 46/2008, 3, 6; *Fremuth*, Menschenrechte, S. 68.

⁵ *Fremuth*, Menschenrechte, S. 68.

⁶ Vgl. *Fassbender*, APuZ 46/2008, 3, 6; zu den sog. „Klimawandelklagen“ *Lehmann/Eichel*, *RabelsZ* 83 (2019), 77 ff.

⁷ *Fassbender*, APuZ 46/2008, 3, 6; *Fremuth*, Menschenrechte, S. 68 f.

⁸ Näher *Fremuth*, Menschenrechte, S. 68. Die Aufteilung von Menschenrechten zwischen UN-Sozialpakt und UN-Zivillpakt ist z. B. Ausdruck des Ost-West-Konflikts während des kalten Krieges und setzt sich bis heute darin fort, dass etwa die USA den „sozialistischen“ UN-Sozialpakt nicht ratifiziert haben, näher unten § 1. B.

⁹ Vgl. die umfassende Auflistung relevanter Menschenrechtsinstrumente bei *Fremuth*, Menschenrechte, S. 245 ff.

¹⁰ Damit entspricht das hiesige Menschenrechtsverständnis demjenigen der UN-Leitprinzipien, siehe unten § 14. B. III.

Sachverzeichnis

- AAAQ-Modell 225
Access to Remedy 184, 192, 230, 354, 474
adverse impacts, *siehe* nachteilige Auswirkungen
AEMR, *siehe* Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
Agency Theory, *siehe* Prinzipal-Agent-Theorie
Aktiengesellschaft
– börsennotierte ~ 56, 77, 79, 97, 99, 120, 152, 437, 497, 506, 530
– Formalziel 60, 69, 81, 88, 182
– Wesen der ~ 62, 65
Aktionärsinteresse 62, 70, 81, 519
Aktivistische Aktionäre 515, 532
Ali Enterprises 340, 343, 353, 406, 495
Alien Tort Statute 1, 37, 311, 330, 352
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 11, 16, 19, 162, 178, 264, 464
Allgemeine Geschäftsbedingungen 139, 531, 536
Allgemeines Persönlichkeitsrecht 295, 341
Ankerbeklagter, *siehe* Streitgenossenschaft
ARAG/Garmenbeck-Entscheidung 106
ARUG II 79, 517
ATS, *siehe* Alien Tort Statute
Auditierung 136, 231, 287
Aufsichtsrat 75, 127, 511, 538
– Kompetenzkonflikt 533
– Vergütungskompetenz 81, 531, 538
Ausweichklausel 336

Bangladesh Accord 228, 286
Baustoff-Urteil 113, 490
Befähigung vor Rückzug 473, 499
Beihilfeverantwortlichkeit 164
Bemühenspflicht 140, 208, 215, 254, 281, 473, 479, 481, 499

Berichterstattung 46, 158, 172, 181, 511
– CSR-Richtlinie 77, 137, 201, 437, 496, 519
– LkSG 476, 479
– UN-Leitprinzipien 232, 510
Berle, Adolph 64, 72
Beschaffensvereinbarung 141
Beschwerdemechanismus 49, 148, 185, 230, 236, 474, 491, 494, 499
Beweislast 110, 379, 407, 475
Beweislastumkehr 110, 279, 411, 453
Binding Treaty 23, 541
BJR, *siehe* Business Judgment Rule
Brumadinho 409, 419
Bumerang-Effekt 472
business enterprise 194, 260, 311, 384
Business Judgment Rule 103, 107, 150, 492, 549
– gerichtliche Kontrolldichte 105, 107, 109, 152, 493
Bußgeld 111, 115, 117, 483, 488
– ~durchgriff 120, 382, 550

Carroll, Archie B. 42, 60, 89
Chandler v. Cape 365
cheapest cost avoider 308, 374, 420
China 202, 206, 345
claw back 104, 138, 144, 535
Code of Conduct 136, 143, 228, 232, 344, 368, 407, 471, 536
– Supplier/Distributor ~ 139, 171, 217, 286, 472
Common Law 313, 324, 343, 364, 547
Compliance
– ~Beauftragter 102, 115, 147, 151, 469, 504, 509
– ~Defense 117 f., 149, 439, 483
– ~Kultur 143, 149, 217, 501
– ~Management-System 99, 142, 150, 152, 439, 501

- ~-Weisung 482
- Begriff 93
- Ermessen 104, 107, 109, 112, 126, 150, 152, 492, 501, 506, 548
- Konzern~ 119, 122, 125, 147, 509, 550
- Legalitätskontrollpflicht 95, 104, 152
- Legalitätspflicht 93, 103, 108, 131
- Menschenrechts~ 5, 254, 492, 504, 537, 543
- Rechtsgrundlage 96, 125
- repressive ~ 111, 148, 502
- Siemens/Neubürger-Urteil 98, 111, 151
- Zuständigkeit 101, 147, 151, 505
- Complicity 164
- comply or explain 78, 99, 508, 517, 523
- conflict zones 134, 200, 222, 446, 547
- Corporate Citizen 43, 52, 57, 83, 88
- Corporate Giving 42, 86, 89, 521
- Corporate Social Responsibility
 - Begriff 40, 90
 - Business Case 48
 - Freiwilligkeit 39, 89
 - Kritik 39, 55, 58
 - Verantwortungspyramide 42, 60, 89
 - Verhältnis zum Recht 42 f., 90
- courts of public opinion 184, 209, 292
- CSR-Richtlinie 46, 77, 244, 359, 437, 519
- Anwendungsbereich 496
- Berichtsinhalt 522
- berichtspflichtige Belange 520
- Rahmenwerke 526
- Steuerungswirkung 79, 201, 507
- Wesentlichkeitsvorbehalt 523

- Datum 130, 132, 355, 358, 485
- Datumtheorie 356, 358
- Deutscher Corporate Governance Kodex 96, 99, 120, 148, 201, 506, 530
- DIN 435, 439
- directly linked 212, 223, 254, 261, 477
- Direktinvestitionen 28, 159 f.
- Dodd, Merrick 64, 72
- Dokumentation 111, 147, 408, 441, 475, 492, 548
- do no harm 41, 44, 163, 189, 225, 239, 521
- Draft Norms 166, 183, 188, 196, 209, 239
 - Due Diligence 171, 214
 - Implementierungsnormen 171
 - Kritik 174, 177
- materielle Verhaltensnormen 168
- Rechtscharakter 167, 177
- Drei-Säulen-Modell, *siehe* People, Planet, Profit
- Drittwirkung, mittelbare 38, 133
- Due Diligence 171, 439, 500, 544
 - Begriff 213, 218, 238
 - Bemühenspflicht 208
 - Mindestanforderungen 504
 - Steuerungswirkung 237
 - Überprüfung in NKS-Beschwerdeverfahren 284, 287, 289
- Durchgriffshaftung 302, 361, 369, 385
 - Delikts~ 307, 361
 - Existenzvernichtungshaftung 306, 362
 - konzernrechtliche ~ 303
- duty of care 325, 364, 405, 547
- Duty to Protect 181, 188, 201

- econsense 225, 535
- Einfluss, *siehe* leverage
- Einflussbereich, *siehe* sphere of influence
- Eingriffsnormen 348, 354, 359, 484
 - Abgrenzung zum ordre public 345
 - ausländische ~ 130
- Einstellung der Geschäftstätigkeit 206 f., 222, 227, 235, 281, 370, 473, 499
- Entlastungsbeweis, dezentralisierter 109, 380, 409
- Entwicklung, nachhaltige 47, 80, 530
- Environmental, Social, Governance 45, 49, 52, 84, 219, 229, 292, 518, 534
- Erfolgsort 320, 334 f.
- ESG, *siehe* Environmental, Social, Governance
- EU 77, 244, 247, 443, 446, 459, 487
- Exportkredite 182, 292

- FDI, *siehe* Direktinvestitionen
- FIFA 196
- Fokalunternehmen 318, 387
- Folter 35, 133, 192, 330, 341
- forum necessitatis 329
- forum non conveniens 185, 325
- free, prior and informed consent 466, 521
- Friedman, Milton 61

- Garantenpflicht 98, 113–115, 490, 548
- Gaststaat 29, 59, 156, 182, 184, 211, 270

- Gemeinwohlbelange 65, 70, 78, 83 f., 182
 Generalklauseln 90, 130, 132, 134, 137, 351, 542
 Genozid 35, 133, 192, 330
 – kultureller ~ 203, 342
 Gerichtsstand
 – ~ der Streitgenossenschaft 322, 331, 363
 – ~ vereinbarung 343
 – allgemeiner ~ 317
 – Delikts~ 319
 – Konzern~ 318
 – Notzuständigkeit 328
 – Vermögens~ 326
 Geschäftsherrenhaftung 115, 389, 425
 – ~ für juristische Personen 390, 397
 – ~ im Konzern 396, 401, 410
 – ~ in der Lieferkette 396, 404, 410
 – Beweislast 407
 Gewohnheitsrecht 19, 137, 191, 198, 329
 Globalisierung 25, 47, 160, 177
 Global Reporting Initiative 46, 90, 136, 201, 224, 243, 526
 Governance Gaps 59, 181 f., 187, 201, 204
 Greenwashing 58, 137, 235, 369, 547
 Grenzkosten/-nutzen 377, 388
 GRI, *siehe* Global Reporting Initiative
 Grundsatzklärung 215, 238, 251, 469, 500, 551
- Haftungsbeschränkung 298
 Handlungsort 320, 334, 354, 357
 – ~zurechnung 321, 334, 362
 Hauptversammlung 48, 85, 87, 123, 233, 511, 532, 538
 – ~ als Protestbühne 515
 – Auskunftsrecht 512
 Haussmann, Fritz 72
 Heimatstaat 59, 182, 184 f., 197, 270
 Hinweisgeber, *siehe* Whistleblower
 Holzhandelsverordnung 90, 443
 Human Rights Impact Assessments 171, 221, 250, 482, 490
- ILO-Kernarbeitsnormen 21, 37, 133, 155, 162, 198, 264, 283, 464, 544
 Indigene Völker 212, 222, 224, 263, 466, 521
 Informationsmanagementsystem 147, 492, 513
- Institutionelle Investoren 515 f., 532
 – Mitwirkungspolitik 517
 Internal Investigation 111, 118, 149
 Internationale Menschenrechtscharta 11, 19, 133, 155, 198, 283, 351, 464, 544
 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, *siehe* UN-Zivilpakt
 Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, *siehe* UN-Sozialpakt
 Interpretive Guide 189
 ISO 19600 142, 439, 501
 ISO 26000 136, 232, 243
- Kartellrecht 119 f., 150, 382
 Kausalität 209, 370
 KiK 141, 285, 343, 353, 406, 408
 Kinderarbeit 22, 170, 212, 224, 227, 231, 279, 287, 296, 317, 341, 448
 KMU
 – Anforderungen an ~ 215 f., 226, 230, 260, 449, 460, 504
 – Bedeutung von CSR 57
 – Unterstützung von ~ 472
 know and show 208, 214 f., 218, 233, 475, 502, 509
 Konfliktministerialienverordnung 90, 446, 488, 542
 Konfliktzonen, *siehe* conflict zones
 KonTraG 76, 82
 Konvergenz 200, 202, 204, 244, 253, 255, 264, 435
 Konzern
 – ~begriff 402
 – ~gerichtsstand 318
 – faktischer ~ 123, 304 f., 513
 – qualifiziert faktischer ~ 306
 – Vertrags~ 126, 303
 Konzernhaftung 119, 303, 385
 Konzerninteresse 123–126, 401
 Konzernleitungspflicht 122, 124, 196, 384, 520
 Konzernverantwortungsinitiative 454
- Leiharbeiter 204, 282, 461
 Leistungsindikatoren 229, 491, 520
 – ~ als Vergütungsparameter 534
 – Begriff 224
 – Beispiele menschenrechtlicher ~ 224

- level playing field 188, 202, 247, 459
- leverage 165, 176, 209, 212, 387, 468
- lex causae 345, 347
- lex fori 130, 332, 339, 347, 349, 363
- lex mercatoria 33
- license to operate 53, 68, 89, 104, 125, 138, 145, 184, 193, 223, 241, 507, 542
- Lieferkette 139, 146, 190, 212, 286, 297, 387, 472
 - indirekte ~ 209, 477, 499, 551
 - Tracing, *siehe* Tracing
- Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz 90, 150, 255, 296, 486, 508, 538, 547
 - ~ im IPR 349, 357, 484
 - Abhilfemaßnahmen 473
 - Anwendungsbereich 459
 - behördliche Durchsetzung 476, 479, 482, 527, 548
 - Bemühenspflicht 473, 479, 481, 499
 - Berichtspflichten 476, 479, 527
 - Beschwerdemechanismus 474, 478, 499
 - Dokumentationspflichten 475
 - Grundsatzklärung 469
 - Haftungsausschluss 475, 484, 548
 - KMU 460, 472
 - Menschenrechtsbeauftragter 469, 508
 - Menschenrechtsbegriff 464
 - mittelbare Zulieferer 477
 - Präventionsmaßnahmen 471
 - Prozessstandschaft 482, 484
 - Regelungszweck 458
 - Risikoanalyse 470, 498
 - Risikomanagement 469
 - safe harbor 485 f.
 - Wirksamkeitskontrolle 474
 - zivilrechtliche Haftung 483, 487, 548
- Locke, John 12
- Loi de Vigilance 90, 349, 359, 451, 486, 542
- Menschenrechte
 - ~ als deliktische Schutzgüter 295, 364, 542
 - Begriff 9, 19
 - Generationen 9
 - Privatisierung der ~ 199, 253
- Menschenrechtsklagen 3, 298, 312
 - anwendbares Recht 332
 - internationale Zuständigkeit 317
- Menschenrechtsverletzungen 37, 50, 180, 297, 307, 311, 340
- Mitbestimmung 74, 511
- MNU, *siehe* Multinationale Unternehmen
- Modern Slavery 231, 296, 341
- Multinationale Unternehmen 25, 27, 31, 132, 155 f., 194, 259, 384
- Multi-Stakeholder-Initiativen 185, 228, 231, 287, 449, 472–474, 553
- Muttergesellschaft 122, 197, 260, 297, 302, 318, 320, 365, 463, 513, 520
- Nachhaltigkeit 47, 80, 517, 526, 530
 - nachhaltige Entwicklung, *siehe* Entwicklung, nachhaltige
 - nachteilige Auswirkungen 190, 206
 - indirekte ~ 209
 - schwerwiegende ~ 220
- naming and shaming 118, 266, 274, 291, 545
- NAP, *siehe* Nationaler Aktionsplan
- Nationale Kontaktstellen 138, 185, 236, 242, 256, 266, 331
 - Beschwerdeverfahren 265, 268, 278, 288, 488, 545
 - Sanktionsmechanismus 290
 - Zuständigkeit 270
- Nationaler Aktionsplan 245, 436
 - NAP-Monitoring 246, 249, 436, 457, 493, 528, 551
- Nestlé 317
- Nexus of Contracts 62, 65
- Niederländisches Gesetz gegen Kinderarbeit, *siehe* Wet zorgplicht kinderarbeid
- Nike 50
- NKS, *siehe* Nationale Kontaktstellen
- Non-Profit-Organisationen 195, 262, 294
- Normenkonflikt 132, 140, 202, 204 f., 211
- OECD-Leitsätze 292, 358, 545
 - Anwendungsbereich 259, 269, 293
 - Beschwerdeverfahren, *siehe* Nationale Kontaktstellen
 - Entwicklung 256, 265
 - ergänzende Leitfäden 467
 - investment nexus 261, 280, 293
 - Menschenrechtsbegriff 264, 283
 - Rechtscharakter 258, 277, 293
 - Verhältnis zu UN-Leitprinzipien 242, 264, 293

- ordre public 130, 132, 204, 350
 – ~ positif 346
 – ~ transnational 346
 – Abgrenzung zu Eingriffsnormen 345
 Organisationsmangel 380, 409
 Organisationspflicht 108, 112, 378, 380, 501, 549
 Oxfam 195

 People, Planet, Profit 44, 47, 52, 84, 541
 Pflichtenkollision 132, 140, 203
 PPP, *siehe* People, Planet, Profit
 principled pragmatism 187, 241, 502
 Prinzipal-Agent-Theorie 61 f., 65, 76, 82
 – Agenturkosten 51, 301 f., 309, 429
 Priorisierung 105, 145, 207, 220, 496, 499, 509, 552
 Protect, Respect and Remedy-Framework 37, 180, 186, 544
 punitive damages 352

 Rana Plaza 287, 340, 451, 454, 495
 Rathenau, Walther 72
 Rechtsträgerprinzip, *siehe* Trennungsprinzip
 Rechtswahl 342, 357
 Remediation, *siehe* Wiedergutmachungspflicht
 Reporting, *siehe* Berichterstattung
 Reputation 51, 68, 542
 Reputationsschaden 52, 94, 111, 145, 495, 503, 514, 548
 Responsibility to Respect 163, 183, 189, 254, 544
 Responsibility to Support 164, 211, 521, 546
 Risikoanalyse 104, 111, 144, 152, 221, 250, 408, 470, 490, 505, 551
 Risikofrüherkennung 494, 505
 Risikomanagement 125, 147, 469, 494
 Risikomanagementsystem 505
 Royal Dutch Shell, *siehe* Shell
 Ruggie, John G. 37, 177, 186, 188, 435, 544

 safe harbor 105, 142, 394, 440, 485 f., 548, 553
 Schutzgesetz 296, 445, 484
 Schutzpflicht 133, 181, 188, 296

 Selbstregulierung 59, 180, 238, 251, 259
 Shareholder Value 58, 60 f., 76, 82, 84, 89
 – Kritik 66
 Shell 314, 323, 365, 369
 sicherer Hafen, *siehe* safe harbor
 Sicherheits- und Verhaltensregeln 354, 360, 485
 Siemens 140, 515
 single economic entity 120, 382, 462, 483
 Sklaverei 35, 170, 296, 341
 smart mix 194, 201, 252, 294, 543
 Social Accountability 8000 136, 231
 social license to operate, *siehe* license to operate
 Socially Responsible Investment 52, 54, 252
 Soft Law 180, 205, 278, 351, 356
 – ~ with Hard Sanctions 137, 239, 541
 – Begriff 135
 Sorgfalt
 – im Verkehr erforderliche ~ 100, 137, 142, 374, 431, 440 f., 503, 542
 – innere und äußere ~ 374
 Sorgfaltspflicht, deliktische 108, 112, 121, 295, 310, 372, 485, 547
 – Delegation 380, 412, 418
 – Fürsorgepflicht 374, 422
 – Regeln der Technik 435, 439
 – Sicherungspflicht 372, 421
 – Übernahme 419
 Sorgfaltspflicht, menschenrechtliche 426, 504
 – Kritik 429
 Sorgfaltspflicht, rechtsträgerübergreifende 364, 386, 389, 412, 424, 426
 Sozialaudits, *siehe* Auditierung
 Soziale Normen 43, 89, 138, 183, 193, 199, 240, 253, 503, 541
 Spende, *siehe* Corporate Giving
 sphere of influence 165, 169, 175, 178, 209, 468
 Stakeholder 45, 51, 60, 64, 138, 222
 – ~dialog 66, 143, 221, 223, 233, 491, 502, 510 f.
 – ~erwartungen, *siehe* Soziale Normen
 Stakeholder Value 60, 63, 89
 – Kritik 67, 83
 Staudamm 320, 409, 419
 Stewardship 515

- Streitgenossenschaft 322, 324
 Sustainable Development Goals 28, 47, 49, 88, 134, 161
 Sweatshops 3, 50
- Taxonomie-VO 52, 179, 488, 526
 technische Regelwerke 435, 439
 Tier-1 249, 409, 470 f., 477, 499
 Tier-2 477, 547
 Tochtergesellschaft 197, 297, 361, 365, 401
 Tracing 471, 479, 499, 522, 552
 Tracking, *siehe* Wirksamkeitskontrolle
 Transaktionskostentheorie 371
 Transnational Corporations, *siehe* Multinationale Unternehmen
 Transparenz 45, 66, 172, 202, 235, 247, 288, 508
 Trennungsprinzip 121, 298, 310, 318, 362, 369, 386, 429
 Triple Bottom Line 44, 46 f., 55, 81, 234
 TÜV 287, 409, 419
- Ubiquitätsprinzip 319, 333, 337
 Uiguren 203, 342
 UN Code of Conduct on Transnational Corporations 156, 160, 167, 188, 196, 211, 256
 UNGC, *siehe* UN Global Compact
 UN Global Compact 160, 209, 243, 247, 521, 546
 – Avoid Complicity 164
 – Communication on Progress 161, 233, 510
 – Rechtscharakter 162
 – Responsibility to Respect 163, 175
 – Responsibility to Support 164, 175
 – Zehn Prinzipien 160
 UNGP, *siehe* UN-Leitprinzipien
 UN Guiding Principles on Business and Human Rights, *siehe* UN-Leitprinzipien
 Universalzuständigkeit 330
 UN-Leitprinzipien 4, 179, 189, 351, 358, 490, 500, 510, 529, 544
 – ~ als soziale Norm 193, 240, 242, 503
 – ~ und deliktische Sorgfaltspflichten 435, 441
 – Impact Assessments 221
 – Integration 226, 500
 – Menschenrechtsbegriff 198, 241, 464
 – Policy Commitment 215
 – Rechtscharakter 190, 205, 240
 – Remediation 235
 – Reporting 232
 – Steuerungswirkung 239, 241, 255
 – Tracking 229
 – Unternehmensbegriff, *siehe* business enterprise
 – Verhältnismäßigkeit 207, 219, 236
 UN Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations, *siehe* Draft Norms
 UN-Sozialpakt 11, 20, 202, 264, 295, 465
 Unterlassen 100, 110, 165, 190, 210, 321, 368, 370, 381, 389, 548
 Unternehmensinteresse 70, 72, 81, 89
 UNWG, *siehe* UN Working Group on Business and Human Rights
 UN Working Group on Business and Human Rights 242, 245, 248
 UN Ziele für nachhaltige Entwicklung, *siehe* Sustainable Development Goals
 UN-Zivilpakt 11, 20, 202, 264, 465
- Vedanta 325, 328, 331, 338, 365, 367, 369, 547
 Verbandssanktionengesetz 118, 149, 385
 Vergabe öffentlicher Aufträge 56, 111, 134, 182, 291, 483
 Vergütungsparameter 534
 Vergütungssystem 532
 Verhaltenskodex, *siehe* Code of Conduct
 Verhaltenssteuerung 79, 181, 202, 490, 508
 Verjährung 343, 353
 Verkehrserwartung 105, 370, 389, 408, 411, 428, 434, 526, 542
 – ~ als objektiv-normativer Maßstab 432, 437
 Verkehrspflicht, *siehe* Sorgfaltspflicht, deliktische
 Verrechtlichung 90, 137, 150, 253, 294, 360, 486, 537, 542
 Verrichtungsgehilfe
 – Begriff 390, 400
 – juristische Personen als ~ 390, 397
 Vertrag 139, 217, 255, 472, 531
 – ~ mit Schutzwirkung zugunsten Dritter 141

- Vertragsstrafe 104, 141, 144, 286, 407
 Vertrauenshaftung 370, 423, 432
 Vertreibung 1, 212, 234, 445, 466
 vicarious liability 408
 Völkergewohnheitsrecht 19, 177, 192, 198, 240, 329
 Völkermord, *siehe* Genozid
 Völkerrecht 15, 24, 132, 155, 191, 240, 352
 Völkerrechtssubjektivität 24 f., 37, 132, 155, 195, 384, 541
 Völkerrechtsverbrechen 36, 180, 330
 Vorstand
 – Anstellungsvertrag 531
 – Außenhaftung 112, 489
 – Entlastung 104, 138, 512, 516, 538
 – Haftung 110, 132, 476, 548
 – Informationspflicht 104, 127, 135, 144, 152, 490, 505, 549
 – Kommunikationspflicht 511
 – Konzern~ 119, 127, 513, 520
 – Leitungsautonomie 84, 88, 98, 124, 518, 533
 – Leitungspflicht 52, 73, 101, 113, 122, 126, 384, 489, 501, 509, 520, 537
 – Organisationspflicht 501, 528, 549
 – Pflichtverletzung 94, 103, 110, 131, 134, 492, 528, 548
 – Reputationsmanagement 52
 – Schadensabwendungspflicht 52, 100, 105, 108, 126, 132, 134, 138, 145, 220, 503, 550
 – Vergütung 79, 104, 138, 530, 534
 – Zielvereinbarung 533
 Wertschöpfungskette, *siehe* Lieferkette
 Wet zorgplicht kinderarbeid 448
 Whistleblower 148, 230, 234, 474, 494
 Wiedergutmachungspflicht 171, 208, 210, 235, 438, 487
 Wirksamkeitskontrolle 148, 229, 474, 490, 553
 – ~ durch Sozialaudits 231, 287, 408
 wirtschaftliche Einheit, *siehe* single economic entity
 Wissensorganisation 147, 493, 497
 WWF 196, 263
 Xinjiang 203, 206, 342
 Yates Memorandum 149
 Zertifizierung 136, 142, 231, 552
 Zulieferunternehmen 405, 472
 – mittelbare ~ 209, 477
 Zurechnung 377, 382, 385 f.
 Zwangsarbeit 35, 170, 203, 212, 224, 231, 287, 296, 317, 341
 Zwangsumsiedlung, *siehe* Vertreibung

